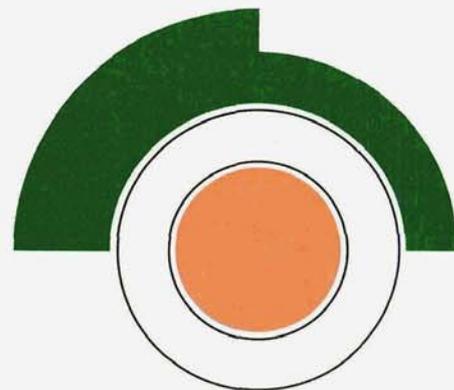


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 10



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 7. 6. 1995

Landtagspräsident spricht sich für Stärkung der Landesparlamente aus

Der nordrhein-westfälische Landtag hat bei seiner konstituierenden Sitzung am 1. Juni den bisherigen Vizepräsidenten Ulrich Schmidt (SPD) zum neuen Landtagspräsidenten gewählt. Die bisherige Amtsinhaberin, Ingeborg Friebe (SPD), hat nach 20 Jahren ihren Abschied vom Landesparlament genommen.

Der neue Präsident betonte in seiner Antrittsrede: „Vor uns liegen schwierige Probleme und Aufgaben, die wir lösen müssen.“ Auch wenn man dabei die Sachverhalte unterschiedlich beurteilt, wünsche er sich, „daß wir mit einem offenen und fairen Dialog versuchen, gemeinsam den besten Weg für unser Land zu finden“. Da schade es nichts, wenn zwischen Regierung und Parlament sowie zwischen den Fraktionen hart um die Sache gerungen werde. Persönlich sei er ein durchaus harmoniebedürftiger Mensch. Er wisse aber auch, daß Parlamentarismus von der Kontroverse in der Sache lebe. „Diffamierungen und persönliche Herabwürdigungen sollten unsere Sache nicht sein“, warnte Ulrich Schmidt.

Er fuhr fort, es gebe einige politische Problemfelder, die ihm persönlich besonders am Herzen lägen und die man gemeinsam anpacken müsse. Er nannte die Kompetenz der Landesparlamente. Man werde bei der politischen Diskussion um das weitere Vorschreiten des europäischen Einigungsprozesses und der Maastricht-Folgekonferenz darauf zu achten haben, daß die Kompetenzen der Landesparlamente gestärkt und nicht gemindert würden. (Seite 3)

Die Woche im Landtag

Vizepräsidenten

Der Landtag hat bei seiner konstituierenden Sitzung auch die Vizepräsidenten neu gewählt. (Seite 2)

Fraktionen

SPD und CDU haben ihre Fraktionsvorstände vorgestellt. Das Ergebnis bei den GRÜNEN steht noch aus. (Seiten 6 und 7)

Wahlergebnis

Das amtliche Wahlergebnis weicht nur geringfügig von der vorläufigen Auszählung ab. An der Sitzverteilung ändert sich nichts. (Seite 8)

Offene Tür

Aus Anlaß der Eröffnung der Rheinuferpromenade in Düsseldorf findet im Landtag ein Tag der offenen Tür statt. (Seite 9)

Medienland

Ein vom Landtag herausgegebenes Buch „Medienland Nordrhein-Westfalen“ bezieht zur Meinungsfreiheit Position. (Seite 10)

Fotoschau

Eine Fotoschau in Köln gibt Einblick in 40 Jahre Stadtgeschichte von den zwanziger Jahren bis zur Nachkriegszeit. (Seite 12)

Geheime Wahl zum Präsidium des 12. Landtags 94 Prozent Zustimmung für Schmidt

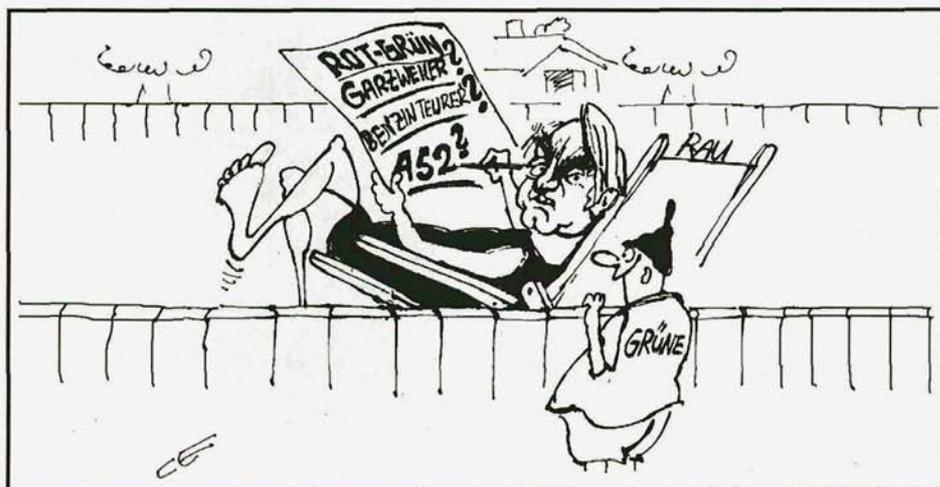
„Achtung, Respekt und Anerkennung“ des gesamten Parlaments werde in dem Ergebnis deutlich, mit dem er in das Amt des Parlamentspräsidenten gewählt worden sei. Mit diesen Worten gratulierte die scheidende Parlamentspräsidentin Ingeborg Friebe (SPD) ihrem Amtsnachfolger Ulrich Schmidt (SPD).

Kurz zuvor war der bisherige zweite Vizepräsident des 11. Landtags auf Vorschlag des neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesen mit 207 Jastimmen, bei sieben Enthaltungen und sechs Gegenstimmen von den Abgeordneten in geheimer Wahl zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt worden.

Zum 1. Vizepräsidenten wählten die Landtagsabgeordneten auf Vorschlag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen den CDU-Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Klose, der dieses Amt auch in der 11. Wahlperiode versehen hat. Er erhielt 200 Ja- und zwölf Neinstimmen, acht Volksvertreter enthielten sich.

Mit einem überraschenden Ergebnis endete die Wahl zum Amt der 2. Vizepräsidentin, für das Bärbel Höhn vom BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN ihre Fraktionskollegin Dr. Katrin Grüber vorgeschlagen hatte. Nach Auszählung der Stimmzettel ergab sich folgendes Bild: 123 stimmten mit Ja, 67 mit Nein, 28 enthielten sich.



„Wollen wir es trotzdem wagen?“

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

Mehr Demokratie im Europa der Regionen

Die scheidende Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (SPD) drückte in ihrer Begrüßungsansprache vor dem neugewählten Landtag am 1. Juni Sorge über die niedrigste Wahlbeteiligung aus, die es in der Geschichte des Landes bei einer Landtagswahl am 14. Mai 1995 gegeben habe. Den Hauptteil ihrer Rede widmete sie der Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips bei der europäischen Einigung. Ihr gehe es bei allen Themen darum, daß die größere Einheit nur das an Aufgaben übernehme, was die kleinere Einheit nicht selber lösen könne. Zwischen dem Subsidiaritätsprinzip und der föderalen Struktur unseres Bundesstaates bestehe ein unauflöslicher innerer Zusammenhang. Es sei ein Erfolg des Föderalismus, daß in der vorigen Wahlperiode der Regionalausschuß etabliert worden sei und daß neben dem NRW-Ministerpräsidenten auch ein Abgeordneter des NRW-Landtags Mitglied geworden sei, nämlich Dr. Manfred Dammeyer. Frau Friebe zitierte die Forderung der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten, daß alle Mitglieder des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union gewählt werden sollten.

Die Präsidentin gab den Rücktritt des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Klaus Matthiesen (SPD) vom 24. Mai 1995 bekannt, der zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion gewählt worden ist. Seine Geschäfte als Minister würden einstweilen vom Ministerpräsidenten wahrgenommen. Die geschäftsführenden Mitglieder der Landesregierung wurden von ihr besonders begrüßt. Dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten und amtierenden Innenminister Dr. Herbert Schnoor, der nach der Kabinettsneubildung in den Ruhestand gehe, gratulierte sie zum 68. Geburtstag am Tag der Plenarsitzung.

Zur niedrigen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl am 14. Mai 1995 führte sie aus, immer wieder blieben Wählerinnen und Wähler aus Bequemlichkeit oder der Fehleinschätzung der Wahlurne fern, man könne doch nichts verändern. Der Forscherbefund stimme jedoch nachdenklich, daß Wahlenthaltung als bewußte Entscheidung geübt werde. Für alle Parteien solle das Anlaß sein, über ihre Verankerung in der



Gratulation und Abschied: v. r. die scheidende Präsidentin Ingeborg Friebe und der neue Präsident Ulrich Schmidt. Fotos: Schälte

Gesellschaft nachzudenken. Es sei auch die Frage, ob sie sich im politischen Wettbewerb nicht eine zu große Problemlösungskompetenz zuschrieben. Der Staat sei nicht die Versicherung für alle Gefährnisse des Lebens. Er könne nicht für jeden und alles Vollkaskoversicherung sein. Das entpflichte aber nicht von Entscheidungen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, sondern sei Anlaß, eine Bescheidenheit an den Tag zu legen, die den Anspruch der Bürger an den Staat und des Staates an seine Bürger wieder in Übereinstimmung bringe.

In der Bilanz des „Arbeitsparlaments“ verdiene die Reform der Kommunalverfassung erwähnt zu werden. Sie habe die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger erheblich erweitert und sei überfällig gewesen. Es liege an den gewählten Parlamenten, Entscheidungsprozesse für den Bürger nachvollziehbar zu gestalten. Ständiger Dialog sei angesagt. Neben der Hauptstadtfrage und der Änderung des Paragraphen 218 habe der 11. Landtag viele weitere Themen aufgegriffen und auch vieles verändert. Ein besonderer Erfolg der politischen Bemühungen sei die Einrichtung des Ausschusses der Regionen bei der Europäischen Union mit zwei Mitgliedern aus Nord-

rhein-Westfalen. Vor drei Wochen habe die Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten dazu unverzichtbare Forderungen angemeldet, für deren Durchsetzung sich das 12. Landesparlament einsetzen solle. Frau Friebe zitierte aus der umfangreichen Entschließung:

„Das Subsidiaritätsprinzip muß neben seiner Geltung im Bereich der Kompetenzausübung als Leitlinie für neue (verträgliche) Kompetenzbegründungen und für eine Überprüfung und gegebenenfalls Neuverteilung bestehender Kompetenzen herangezogen werden. Nur wenn sich ergibt, daß auf Ebene der Mitgliedstaaten oder der darunterliegenden Ebene der Länder und der Regionen eine Aufgabe nicht erledigt werden kann, darf sie bei der ausstehenden Vertragsrevision als Kompetenz der Gemeinschaft übertragen werden.“

Weiter zitierte sie:

„Die im Maastrichter Vertrag verankerte Beteiligung des Ausschusses der Regionen am Entscheidungsprozeß der EG muß fortentwickelt werden. Dazu ist notwendig, daß die demokratische Legitimation des Ausschusses verstärkt wird. Es ist deshalb vorzusehen, daß seine Mitglieder über ein politisches Wahlmandat verfügen oder einer politischen Vertretung gegenüber unmittelbar verantwortlich sind. In Deutschland sind die Mitglieder von den Landesparlamenten zu wählen.“

Präsidentin Friebe sprach den Wunsch aus, daß auch das 12. Landesparlament seine Rechte und Kompetenzen wahre und ausbaue. Das Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses dürfe nicht zu einem Weniger, es müsse zu einem Mehr an Bürgerbeteiligung führen, wenn er seine Akzeptanz in der Bevölkerung nicht einbüßen wolle. Die Abgeordneten vertreten Parteien und Wählerstimmen, blieben jedoch trotzdem ihrem Gewissen verpflichtet. Es fördere die Debattenkultur, wenn bei wichtigen Themen die Plenarbeiträge nicht durch Fraktionsmeinungen vorgeprägt würden, sondern jeder Parlamentarier für sich spreche. Als Beispiel für parlamentarische Kultur erwähnte sie Norwegen, dessen Minderheitsregierung mit wechselnden Partnern arbeitsfähig sei.



CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen (r.) gratuliert dem 1. Vizepräsidenten und Unions-Politiker Dr. Hans-Ulrich Klose.



Die Grünen-Spitze Bärbel Höhn (r.) und Dr. Michael Vesper gratuliert der 2. Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber.

Landtagspräsident nennt in seiner Rede politische Problemfelder

Erstes Verfassungsorgan bleibt das Parlament

Der neue Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, hielt nach seiner Amtsübernahme eine Ansprache, in der er zunächst seiner Amtsvorgängerin Ingeborg Friebe dankte, die oft als „Mutter Courage“ beschrieben worden sei. Ihn erinnere sie eher an Mutter Wolfen in Gerhart Hauptmanns „Biberpelz“. Schon deshalb, weil ihre Konzepte für viele kaum merklich letztlich aufgegangen seien. Sie sage der Politik nicht adieu. Ihrer Heimatstadt Monheim bleibe sie als Bürgermeisterin erhalten. Bei seinen weiteren Ausführungen versprach Ulrich Schmidt, er wolle sich dafür einsetzen, daß die Rechte der Abgeordneten gestärkt würden, der Landtag für politische und kulturelle Aktivitäten weiter geöffnet und die Transparenz der Arbeit des Landtags erhöht werde. Der neue Präsident hält nach eigenen Worten den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes für unverzichtbar.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt nimmt die Glückwünsche der Fraktionen entgegen: v. l. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, Sprecherin und Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper, Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), Ulrich Schmidt, Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD). Vorne mit dem Rücken zur Kamera die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Birgit Fischer. Foto: Schälte

Landtagspräsident Ulrich Schmidt dankte den Abgeordneten, die durch ihre Wahl dem 1. Vizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose und der 2. Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber sowie ihm selbst und dem Präsidium ihr Vertrauen entgegengebracht hätten. Besonders begrüßte er die 77 neuen Abgeordneten. Er ging dann auf Problemfelder ein, so auf den europäischen Einigungsprozeß. „Wir werden das vereinte Europa von unten nach oben aufbauen müssen.“ Die Zuständigkeiten müßten klar definiert sein. Hiervon seien Kommunen, Länder und Regionen ebenso berührt wie der Bund und die europäischen Organe. „Wir haben keinen Grund, die Aufgaben der Länder, die durch bundesstaatliche Rahmenkompetenzen ohnehin begrenzt sind, weiter einschränken oder uns wegnehmen zu lassen“, folgerte der Präsident.

Zu kulturellen und menschlichen Kontakten nach West und Ost erklärte er, seine Amtsvorgängerin und Amtsvorgänger hätten wichtige Kontakte zu regionalen und nationalen Parlamenten in Europa geknüpft. Präsidentin Friebe habe diese Kontakte auch auf Zentralasien ausgedehnt. So habe man unter vielen anderen eine Parlamentsdelegation der Mongolischen Republik und eine Deputiertengruppe aus Nizhny Novgorod als Gäste begrüßen können. Auch zu Weißrußland seien in der 11. Wahlperiode Beziehungen aufgebaut worden. Ähnliches gelte für die baltischen Staaten. „Ich bin entschlossen, die bestehenden Beziehungen und Kontakte zu pflegen und zu vertiefen.“ Man sei auch verpflichtet, die Zusammenarbeit mit den Staaten und Regionen zu verstärken, um die dort in Bewegung gekommenen Demokratisierungsprozesse in Gang zu halten und zu stützen. Hierzu seien persönliche Kontakte unverzichtbar. „Reisen von dort zu uns und umgekehrt werden notwendig sein und sind wichtige solidarische Beiträge für den Ausbau von Freiheit und Demokratie in diesen Teilen der Welt“, sagte der Präsident.

Einer weiteren Aufgabe, der man sich zu widmen habe, sei die Reform der öffentli-

chen Verwaltung. Der Landtag der 11. Wahlperiode habe einen Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform eingesetzt, der gute Arbeit geleistet habe. Der stellte fest: „Die Reformdiskussion hat auch vor unserer Parlamentsverwaltung nicht haltgemacht. So liegt ein Gutachten vor, mit dem wir uns verantwortungsvoll beschäftigen werden. Ich trete dafür ein, daß wir bei der Umsetzung der Gutachterschläge den Grundsatz nicht aus den Augen verlieren, daß Reformen immer nur erfolgreich sein können, wenn sie mit den Betroffenen durchgeführt werden und nicht gegen sie.“

Offener Meinungsstreit

Zu der bis zum 30. September in Kraft gesetzten Geschäftsordnung sagte Ulrich Schmidt, sie setze die bereits in der letzten Legislaturperiode eingeleitete Öffnung des Parlaments durch öffentliche Ausschußsitzungen fort. Dieser Teil der Geschäftsordnung sei zwischen den Fraktionen unstrittig. Ob damit eine größere Transparenz der Parlamentsarbeit automatisch einhergehe, müsse nach den bisherigen Erfahrungen im Ansatz bezweifelt werden. Der Präsident schloß: „Ich werde mich deshalb darum bemühen, den Dialog mit den Medien zu verstärken, um unsere Arbeit noch durchschaubarer zu machen und damit für die nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger interessanter, greifbarer, erfahrbarer zu machen.“

An die Abgeordneten gewandt, betonte er, sie seien mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ausgestattet und in allge-

meiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl als Abgeordnete gewählt. „Wir als Gesamtheit stehen als gesetzgebende und kontrollierende Körperschaft der Regierung gegenüber. Ich wünsche mir, daß politische Gegnerschaft nicht private Gespräche unterbindet, sondern eher fördert, damit wir eben voneinander lernen.“ Er erhoffe sich einen offenen und friedlichen Meinungsstreit statt taktischer Mißtrauensstrategien. „Ich wäre froh, wenn wir uns als Mandatsträger im Wettbewerb und nicht Miesmacher im Wahlkampfnachschatz in diesem Haus verstehen“, folgerte Ulrich Schmidt. Er werde gemeinsam mit den Abgeordneten die Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive wahren und durchsetzen. Er schloß: „Das erste Verfassungsorgan ist und bleibt das Parlament. Ich habe die Absicht, in diesem Sinne einem selbstbewußten Parlament als Erster unter Gleichen vorzustehen.“

Der Präsident wandte sich dann noch einmal seiner Vorgängerin zu. Er hätte ihr gerne die Sitzungsglocke zum Abschied verehrt, die sie zehn Jahre als Vizepräsidentin und Präsidentin geschwungen habe. Sie sei jedoch das Geschenk des britischen Volkes aus Anlaß des Einzugs in dieses Landtagsgebäude. Es gehöre somit zum Inventar. Er habe deshalb eine Glocke in der einzigen noch produzierenden Glockengießerei des Landes mit Widmung „Ingeborg Friebe, Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, vom 31. Mai 1990 bis 1. Juni 1995“ anfertigen lassen. Schmidt überreichte die Glocke mit den Worten, sie möge an manche schöne wie anstrengende, streß-, aber auch erfolgreiche Sitzungen wie Stunden in diesem Haus erinnern.

Namensaufruf, Wahl und Amtsübergabe

Bevor Präsident, Vizepräsident und Vizepräsidentin gewählt wurden, erfolgte am 1. Juni bei der konstituierenden Sitzung zunächst der Namensaufruf der Abgeordneten. Anschließend wurde die Geschäftsordnung bis zum 30. September 1995 in Kraft gesetzt. Dann erfolgte die Verpflichtung der Mitglieder des Landtags durch die amtierende Präsidentin Ingeborg Friebe. Nach der Präsidentenwahl schloß sich die Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer an, ehe die Amtsübergabe erfolgte. Die Bestimmung des Ältestenrates und die Bestellung eines ständigen Ausschusses, Wahlprüfungsausschusses, Ausschusses für Grubensicherheit und vorläufigen Petitionsausschusses leitete dann der gewählte Präsident Ulrich Schmidt.

Zum ständigen Ausschuß erläuterte er, dieser habe die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung zu wahren, solange der Landtag nicht versammelt sei. Die gleichen Rechte stünden ihm zwischen dem Ende der Wahlperiode oder der Auflösung des Landtags und dem Zusammentritt des neuen Landtags zu. Er habe in dieser Zeit die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Zum Grubenausschuß erklärte Schmidt, dieser werde stets in der ersten Sitzung des neuen Landtags bestellt, um so den ständigen Einsatz dieses Ausschusses bei eventuellen Grubenunglücken gewährleisten zu können. Ferner sei es üblich, zu Beginn einer neuen Wahlperiode einen vorläufigen



Bei der konstituierenden Sitzung: Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD, r.).

Petitionsausschuß zu bestellen, um keinen Stillstand in der Bearbeitung von Petitionen eintreten zu lassen. Auch bei der Bestellung eines Gremiums nach Paragraph 23 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in NRW beschrieb der Präsident die gesetzliche Grundlage. Nach diesem Paragraphen 23 unterliege die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde der Kontrolle durch ein besonderes parlamentarisches Gremium.

Schriftführerinnen und Schriftführer:

Hermann Jansen, Jürgen Jentsch, Gisela Meyer-Schiffer, Hans Dieter Moritz, Donata Reinecke, Erika Rothstein, Irmgard Schmid (alle SPD); Franz-Josef Balke, Brunhild Decking-Schwill, Otti Hüls, Karin Hussing, Ilka Keller und Wilhelm Lieven (alle CDU) sowie Ingrid Fitzek und Hisham Hammad (beide GRÜNE).

Es folgte Bestimmung und Benennung der Zahl der **Mitglieder des Ältestenrates**. Auf gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen entfielen auf die SPD sieben, auf die CDU sechs und auf die Grünen zwei Mitglieder. Es sind bei der SPD die ordentlichen Mitglieder Professor Dr. Manfred Dammeyer, Birgit Fischer, Klaus Matthiesen, Loke Mernizka, Adolf Retz, Brigitte Speth und Reinhold Trinius mit den Stellvertretern Heidi Berger, Jürgen Büsow, Stefan Frechen, Gabriele Gorcitza, Wolfram Kuschke, Johannes Pflug und Gerd Peter Wolf, bei der CDU die ordentlichen Mitglieder Hermann-Josef Arentz, Regina van Dinther, Heinz Hardt, Lothar Hegemann, Dr. Helmut Linssen und Herbert Reul sowie deren Stellvertreter Ruth Hieronymi, Laurenz Meyer, Maria Theresia Opladen, Heinz Paus, Anne-Hanne Siepenkothen und Eckhard Uhlenberg sowie bei den Grünen Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper.

Gremien und Ausschüsse

Der Landtag bestellte ferner einen **ständigen Ausschuß** gemäß Artikel 40 der Landesverfassung, dessen Zusammensetzung identisch mit der des Ältestenrates ist.

In den **Wahlprüfungsausschuß** wurden Manfred Böcker, Vera Dedanwala, Birgit Fischer, Charlotte Kann, Loke Mernizka und Adolf Retz sowie ihre Vertreter Jürgen Büsow, Walter Grevener, Heinz Hunger, Donata Reinecke, Karl-Heinz Rusche und Gunther Sieg für die SPD sowie Hannelore Brüning, Helmut Diegel, Heinz Hardt, Heinz Paus und Herbert Reul sowie deren Stellvertreter Tanja Brakensiek, Volkmar Klein, Manfred Kuhnichel, Maria Theresia Opladen und



Beginn der 12. Legislaturperiode

Bärbel Wischermann für die CDU und Dr. Stefan Bajohr, Dr. Michael Vesper sowie als Stellvertreterin Hedwig Tarner für die Grünen gewählt.

Dem auf Vorschlag der drei Fraktionen gewählten **Gremium nach Paragraph 23 des Gesetzes über den Verfassungsschutz** gehören an: Die ordentlichen Mitglieder Jürgen Büssow, Birgit Fischer, Klaus Matthiesen und Stefan Frechen sowie deren Vertreter Reinhard Grätz, Jürgen Jentsch, Annelie Kever-Henseler und Brigitte Speth (alle SPD), Dr. Hans-Ulrich Klose, Maria Theresia Opladen und Heinz Paus sowie deren Vertreter Wilhelm Droste, Dr. Rolf Hahn und Dr. Jörg Twenhöven (alle CDU) und Roland Appel mit der Vertreterin Christiane Bainski (beide GRÜNE).

Der vom Landtag bestellte **Ausschuß für Grubensicherheit** hat elf Mitglieder. Für die SPD gehören ihm Manfred Degen, Friedrich Hofmann, Dr. Bernhard Kasperek, Eberhard Sohns und Hans Vorpeil an, als Stellvertreter Bodo Champignon, Günter Harms, Manfred Hemmer, Bodo Hombach und Jürgen Thulke. Für die CDU wurden Otti Hüls, Fritz Kollorz, Bernhard Recker, Franz-Josef Pangels und Werner Stump als ordentliche und Lothar Hegemann, Wilhelm Lieven, Dr. Andreas Lorenz, Bärbel Wischermann und Oliver Wittke als stellvertretende Mitglieder bestellt. Siegfried Martsch gehört, wie schon in der vorigen Wahlperiode, dem Grubenausschuß als Vertreter der GRÜNEN-Fraktion an, sein Vertreter ist Ewald Groth.

Kein Stillstand

Der **vorläufige Petitionsausschuß** besteht aus 15 Mitgliedern. Ordentliche Mitglieder sind: Gabriele Gorcitzka, Charlotte Kann, Hans Kern, Wilfried Kramps, Horst Steinkühler, Klaus Strehl, Gerhard Wirth für die SPD, Wilhelm Droste, Karin Hussing, Franz Riscop, Anne-Hanne Siepenkothen, Dietrich Thiede, Bärbel Wischermann für die CDU und Dr. Hisham Hammad sowie Siegfried Martsch für die Grünen. Zu stellvertretenden Mitgliedern wurden bestimmt: Prof. Dr. Manfred Dammeyer, Hermann Jansen, Annelie Kever-Henseler, Wolfram Kuschke, Loke Mernizka, Erika Rothstein, Brigitte Speth für die SPD, Georg Gregull, Wilhelm Krömer, Dr. Andreas Lorenz, Bernd Schulte, Josef Wilp, Marie-Luise Fasse für die CDU und Jens Petring und Silke Mackenthun für die GRÜNEN.

Kein Schweinsgalopp

Anlässlich der Diskussion um die Neuordnung der gymnasialen Oberstufe wandte sich die Grünen-Abgeordnete Brigitte Schumann mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. Sie befürchtete, daß das NRW-Kultusministerium „Entscheidungsfragen im Schweinsgalopp“ im Sinne von einer „Rückkehr zu Kernfächern und Straffung der Wahlfächer“ treffen würde. In der Antwort für die Landesregierung konnte der amtierende Kultusminister für sein Vorgehen kein derartiges Tempo feststellen: „Die Kleine Anfrage geht von Voraussetzungen aus, die in der Realität und in den Äußerungen des Kultusministers keinen Rückhalt finden“ und „Entscheidungen zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe“ würden „kurzfristig nicht anstehen“.



Höhen und Tiefen der Politik erlebt

Mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ist der SPD-Abgeordnete und neue Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) ausgezeichnet worden. Die scheidende Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen hohen Orden in einer Feierstunde, an der auch Schmidts Ehefrau Marlies teilnahm. Frau Friebe erklärte u. a. in ihrer Laudatio: „Ich erinnere mich noch gut daran, als wir beide 1975 das erste Mal in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt wurden. Trotz unserer kommunalpolitischen Erfahrungen fühlten wir uns als Neulinge in dieser ungewohnten Umgebung. Die ersten Fraktionssitzungen hinterließen schon ihre eigenen Eindrücke.“ Seitdem seien 20 Jahre vergangen. Man habe Tiefen des politischen Alltags überwunden und auch etliche Höhen bei der Arbeit erleben dürfen. Frau Friebe betonte die persönliche Freundschaft. Sie wies darauf hin, daß Ulrich Schmidt immer direkt gewählt worden sei. Seit Beginn seiner parlamentarischen Arbeit gehöre er dem Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales an. Aufgrund seines sozialpolitischen Engagements sei er zeitweise auch sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gewesen. Seit 1976 gehöre er dem Stiftungsrat des Landes NRW für Wohlfahrtspflege an. Ferner sei er Vorsitzender des Landesverbandes NRW der Lebenshilfe für geistig Behinderte und seit über 15 Jahren Mitglied des Kuratoriums der Orthopädischen Anstalten Volmarstein und auch dem Kuratorium des „Johannes-Zauleck-Altenheimes Wetter“ gehöre er als Vorsitzender an. Die scheidende Präsidentin erinnerte darüber hinaus an eine weitere wichtige Aufgabe, die Ulrich Schmidt 1993 übernommen habe. Er sei in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform zu dessen Vorsitzendem gewählt worden.

Foto: Schälte

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,

Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: *56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher, Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher, Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf

ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

37 Jahre im Landtag

Bei ihrer letzten Amtshandlung begrüßte die scheidende Präsidentin Ingeborg Friebe die Abgeordneten. Ganz besonders willkommen hieß sie die 77 Abgeordneten, die erstmalig in das Parlament gewählt worden seien. Es sei ihr auch eine große Freude, den in seinem Wahlkreis zum neunten Mal direkt gewählten Abgeordneten aus Wuppertal begrüßen zu können, den Ministerpräsidenten des Landes, Dr. Johannes Rau. Er sei mit 37 Jahren Abgeordnetentätigkeit das mit Abstand dienstälteste Mitglied des Parlamentes. Sie hieß ferner die geschäftsführenden Mitglieder der Landesregierung willkommen. Ihr besonderer Gruß galt dem Kollegen Greverer (SPD) als lebensältestem und der Kollegin Tanja Brakensiek (CDU) als lebensjüngster Abgeordneter.

SPD-Fraktion wählte Vorstand und ihren neuen Vorsitzenden

Rau holte '83 Matthiesen an den Rhein

Der bisherige Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Klaus Matthiesen (SPD), ist am Mittwoch, 24. Mai, zum neuen Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. Er setzte sich mit 54 Stimmen gegen den Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, Franz-Josef Kniola (SPD), durch, auf den 49 Stimmen entfielen. Unmittelbar nach seiner Wahl legte Matthiesen sein Ministeramt nieder, das er 1983 übernommen hatte.

Damals hatte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) den norddeutschen Politiker an den Rhein geholt. Klaus Matthiesen wurde am 15. Februar 1941 in dem Ort Ganger-



Klaus Matthiesen (SPD)

schild in Schleswig-Holstein geboren. Er ging nach dem Besuch der Realschule zur Post, legte die Postassistentenprüfung ab, besuchte dann aber die Fachhochschule für Sozialarbeit und wurde graduiertes Sozialpädagoge.

Er arbeitete als Jugendbildungsreferent und Studienleiter an Akademien. Von 1971 bis 1983 war er Abgeordneter im Landtag von Schleswig-Holstein, ab 1973 Vorsitzender der SPD-Fraktion und Oppositionsführer. In Nordrhein-Westfalen wurde er zunächst Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Matthiesen, der seit 1966 der SPD angehört, ist Mitglied des Bundesparteivorstandes. Dem Landtag Nordrhein-Westfalen gehört er seit Mai 1985 an.

Bei der Landtagswahl 1995 wurde er mit 60,4 Prozent der Stimmen im Wahlkreis Unna III/Hamm I direkt gewählt.



Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende: v.l. Birgit Fischer, Professor Dr. Manfred Dammeyer, Loke Mernizka, Adolf Retz, Brigitte Speth und Reinhold Trinius. Fotos: Schälte

★
Birgit Fischer bleibt auch in der neuen Legislaturperiode Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD Landtagsfraktion. In geheimer Wahl stimmten am Dienstag, 30. Mai, 90 Fraktionsmitglieder für sie, sieben stimmten mit Nein. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden gewählt: Professor Dr. Manfred Dammeyer, Loke Mernizka, Adolf Retz, Brigitte Speth und Reinhold Trinius.

Birgit Fischer gehört seit 1990 dem Landesparlament an. Die Diplom-Pädagogin aus Bochum war Pädagogische Leiterin im Evangelischen Bildungswerk und bis 1990 Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bochum. Der SPD gehört sie seit 1981 an. Frau Fischer wurde im Dezember 1991 zur Parlamentarischen Geschäftsführerin ihrer Fraktion berufen.

Professor Dr. Manfred Dammeyer gehört seit 1975 dem Landtag an. Der Diplom-Sozialwirt aus Oberhausen war Direktor der Volkshochschule Oberhausen und ist Honorarprofessor für Politische Wissenschaften an der Universität/Gesamthochschule Duisburg. Der SPD gehört er seit 1957 an. Er

ist Mitglied im Ausschuß der Regionen der Europäischen Union.

Loke Mernizka ist seit 1980 Mitglied des Landtags. Der Walzwerker aus Siegen, bis 1993 Mitglied des Aufsichtsrates der Fried. Krupp GmbH Essen, gehört dem Landesauschuß seiner Partei sowie dem Parteirat an. Seit 1966 ist er Mitglied der SPD.

Adolf Retz ist seit 1985 Mitglied des Landtags. Der Leiter eines Konstruktions- und Fertigungsbereiches der Kernforschungsanlage Jülich ist seit 1989 Landrat im Kreis Düren und seit 1993 Vorstandsvorsitzender des Landkreistages. Er gehört seit 1969 der SPD an.

Brigitte Speth ist seit 1985 Mitglied des Landtags. Die Diplom-Physikerin aus Düsseldorf war Lehrerin an Gymnasien und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Landesinstitut für Schule und Weiterbildung. Mitglied der SPD seit 1979, ist sie seit 1991 AfB-Bundesvorsitzende.

Reinhold Trinius gehört dem Landtag seit 1970 an. Der Oberstudienrat aus Porta-Westfalica, Mitglied der SPD seit 1961, ist

seit 1978 stellvertretender Vorsitzender des SPD Bezirks Ostwestfalen-Lippe und seit 1985 stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag.

Die 15 Beisitzer des Fraktionsvorstandes sind: Heidi Berger (Essen), Manfred Böcker (Augustdorf), Jürgen Büsow (Düsseldorf), Bodo Champignon (Dortmund), Stefan Frechen (Neunkirchen-Seelscheid), Hans Frey (Gelsenkirchen), Gabriele Gorcitzka (Herne), Reinhard Grätz (Wuppertal), Annelie Kever-Henseler (Köln), Johannes Pflug (Duisburg), Jürgen Schaufuß (Frechen), Klaus Strehl (Bottrop), Elke Talhorst (Moers), Hans Vorpeil (Alsdorf) und Ellen Werthmann (Gelsenkirchen).

Für das Amt des Landtagspräsidenten hatte die SPD-Fraktion bereits zuvor einstimmig Ulrich Schmidt vorgeschlagen.

Weniger Landwirte

Dem neuen Landtag in Düsseldorf mit seinen 221 Abgeordneten gehören nur noch neun Landwirte an. Im Landtag der 11. Wahlperiode waren noch zwölf Bauern vertreten.

CDU-Fraktionsvorstand mit Finanzbeauftragtem komplett



Führungsriege: v. l. Dr. Helmut Linssen, Heinz Hardt, Lothar Hegemann, Ruth Hieronymi und Herbert Reul

Die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hat am Dienstag, 23. Mai, ihren Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Nachdem Fraktionschef Dr. Helmut Linssen und der Parlamentarische Geschäftsführer Heinz Hardt bereits eine Woche zuvor in ihren Ämtern bestätigt worden waren, vervollständigten die Christdemokraten im Landesparlament ihre Führungsriege, indem sie Lothar Hegemann, Ruth Hieronymi und Herbert Reul als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wiederwählten sowie Hermann-Josef Arentz, Regina van Dinther und Eckhard Uhlenberg als neue Mitglieder in das Führungsgremium beriefen. Als weitere Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes wählte die CDU-Fraktion Heinz Paus als Justitiar und Laurenz Meyer als Finanzbeauftragten.

Alter und neuer Fraktionsvorsitzender ist Dr. Helmut Linssen, der seit 1972 der CDU und seit 1980 dem Landtag als Mitglied angehört. Linssen, am 21. Juni 1942 in Krefeld geboren, ist in Issum am Niederrhein zu Hause. Der Kaufmann im Groß- und Außenhandel und Unternehmer, hat in Hamburg

und München studiert, sein Studium 1968 als Diplom-Ökonom abgeschlossen und 1972 zum Dr. rer. pol. promoviert. Er war von 1975 bis 1980 Mitglied des Rates der Stadt Geldern, 1987 bis 1991 Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen und ist seit Oktober 1990 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. 1987 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und im Mai 1990 Fraktionschef im Landtag. Linssen ist verheiratet und hat eine Tochter.

Aus verschiedenen Berufen und Regionen

Linssens Vorstandskollegen kommen aus den unterschiedlichsten Berufen. Heinz Hardt ist von Haus aus Ingenieur und war als Technischer Angestellter bei der Stadtverwaltung Düsseldorf beschäftigt. Seit der Kommunalwahl im vergangenen Jahr ist er Bürgermeister der Landeshauptstadt. Lothar Hegemann aus Recklinghausen ist selbständiger Versicherungskaufmann. Er

gehört seit 1975 dem Rat der Stadt Recklinghausen an. Ruth Hieronymi ist Historikerin. Sie gehört seit 1986 dem Landesvorstand der CDU an. Bis 1990 war sie auch im Rat der Stadt Bonn tätig.

Herbert Reul aus Leichlingen war Student. Bis 1992 gehörte er dem Rat der Stadt Leichlingen an. 1991 wurde er zum Generalsekretär der CDU in NRW bestellt. Hermann-Josef Arentz ist ehemaliger Bildungsreferent der KAB. Seit 1991 ist er Mitglied des CDU-Landesvorstandes und des CDA-Bundesvorstandes.

Regina van Dinther aus Wetter ist Diplom-Ingenieurin für Bekleidungstechnik und Geschäftsführerin einer GmbH. Seit 1990 amtiert sie als stellvertretende Vorsitzende der CDU Ruhrgebiet. Eckhard Uhlenberg aus Werl hat den Beruf eines selbständigen Landwirtes. Seit 1987 ist er stellvertretender Landesvorsitzender der CDU NRW.

Heinz Paus aus Detmold ist Rechtsanwalt und Notar. Bis 1993 führte er den CDU-Stadtverband Detmold. Laurenz Meyer aus Hamm ist Diplom-Volkswirt und VEW-Hauptabteilungsleiter. Er gehört dem Rat der Stadt Hamm an.



Mitglieder des Vorstandes: v. l. Hermann-Josef Arentz, Regina van Dinther, Eckhard Uhlenberg, Heinz Paus und Laurenz Meyer.



Letzte Sitzung und Abschlußbesprechung der Projektbegleitenden Kommission (Prokom): v.l. Parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Fischer (SPD), zwei Mitarbeiter der KPMG Unternehmensberatung, die ehemalige Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, Peter Geelen vom Personalrat des Landtags, Ministerialdirigent Johannes Kalenberg vom Finanzministerium, KPMG-Prokurist Dr. Günther Crostack sowie Landtagsdirektor Heinrich A. Große-Sender. Foto: Schälte

Neue Broschüre Verwaltungsreform

Als Band 8 in der Schriftenreihe des NRW-Landtags ist die Broschüre „Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen“ erschienen. Sie gibt einen guten Überblick über die Beratungen des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform, den der Landtag in der 11. Wahlperiode eingesetzt hat, und kann kostenlos bei der Pressestelle (Tel. 0211/8842301) bezogen werden.

Wie Ausschußvorsitzender Ulrich Schmidt (SPD) einleitend bemerkt, ist die Einsetzung eines völlig neuen Ausschusses mitten in einer laufenden Parlamentsperiode sehr ungewöhnlich und weist auf die große Bedeutung hin, die das zugegebene trockene Thema für die Landespolitik bekommen hat. Gregor Lange, Ausschußassistent und Redakteur auf Zeit, macht deutlich, warum: leere Kassen, Wiedervereinigung, neue staatliche Aufgaben und eine andere Einstellung der Bürgerinnen und Bürger „zu ihrem Staat“. Mit der knappen Darstellung der Beratungen im NRW-Landtag, der inzwischen zum Vorbild für andere Landtage wurde, hat sich der für ein Jahr abgeordnete Regierungsrat selbst um die „Reform“ verdient gemacht.

Denn schon der Name des Ausschusses „für Verwaltungsstrukturreform“ ist eine Hürde, die zu nehmen auch den elf Abgeordneten nicht leicht gefallen ist. Nach gut zweijährigen Beratungen nahm der Landtag am 29. März 1995 die „Konzeption für die Modernisierung der Verwaltung in NRW“ an. Sie ist im Wortlaut am Ende der Broschüre abgedruckt. Anfangs hatten alle vier Fraktionen eigene Anträge vorgelegt, mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Sie waren sich aber einig darin, daß es um mehr geht als um Stellenstreichungen und den Umbau der Landesverwaltung.

Auch in der 12. Wahlperiode werden sich der NRW-Landtag und zunehmend die betroffenen Bediensteten mit dem Thema befassen. Denn ohne sie sind Reformen nicht möglich. Wer sich nicht durch meterhohe Stapel von Unterlagen quälen will, findet in dem Band Wissenswertes über einzelne Aufträge (z.B. Kultus- und Wissenschaftsministerium, Gewerbeaufsicht, Kostenerstattung für Flüchtlinge, Versorgungsverwaltung, Arzneimittelprüfstelle, Landwirtschaftskammern, Landesamt für Besoldung, Vorprüfungsstellen, Bau-, Berg- und Forstverwaltung), außerdem Erkenntnisse der Abgeordneten sowie von 45 Experten, die dem Ausschuß in sieben Anhörungen ihre Stellungnahmen vorgetragen haben. Daß das Thema Verwaltungsreform auf der Tagesordnung des Landtags stehenbleibt, dafür sorgt schon sein neuer Präsident, der bisher Vorsitzender des Ausschusses war.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), ehemaliger Landtagsabgeordneter, ist offizieller Kandidat der nordrhein-westfälischen F.D.P. für einen Platz im Präsidium des Bundesvorstandes. Die Delegierten des Landeshauptauschusses entschieden sich in Castrop-Rauxel mit 58 Stimmen für den Landesvorsitzenden.

Ergebnis der Landtagswahl ist amtlich

Die vielen Wahlhelfer im Land Nordrhein-Westfalen, die am 14. Mai über acht Millionen Stimmen auszählen mußten, haben fast perfekte Arbeit abgeliefert. „Das endgültige Ergebnis der Landtagswahl weicht nur unbedeutend von dem in der Wahlnacht ermittelten vorläufigen Ergebnis ab“, teilte der Landeswahlleiter in Düsseldorf mit. An der danach kalkulierten Sitzverteilung ändere sich nichts.

Nach dem endgültigen Ergebnis haben 8 353 056 Wähler ihre Stimme abgegeben

(64 Prozent). Gültig waren davon 8 294 235. Für die SPD stimmten 3 816 639 (46,0), für die CDU 3 124 758 (37,7), für die FDP 332 643 (4,0) und für die Grünen 830 861 (10,0). Demnach entfallen auf die SPD 108 Sitze im Düsseldorfer Landtag, auf die CDU 89 und auf die Grünen 24. Die F.D.P. scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde.

Direktmandate

Da die SPD mehr Direktmandate in den Wahlkreisen erringen konnte, als ihr nach dem prozentualen Wahlergebnis zustehen, mußte die reguläre Abgeordnetenanzahl um 20 auf insgesamt 221 aufgestockt werden.

Obermeier leitet Hörfunk- akademie in Dortmund

Dr. Karl-Martin Obermeier, bisher Leiter des Studios Düsseldorf von radio NRW (Bild), hat in der vergangenen Woche die Leitung der Deutschen Hörfunkakademie in Dortmund übernommen. Obermeier hatte als Korrespondent seit dem Sendestart im April 1990 aus der Landeshauptstadt berichtet. Er war auch mehrere Jahre lang Mitglied im Vorstand der Landespressekonferenz. radio NRW versorgt alle 46 nordrhein-westfälischen Lokalradios mit einem Rahmenprogramm. Die Deutsche Hörfunkakademie wird in den Räumen des ehemaligen Wohlfahrtsgebäudes am Dortmunder Nollendorfplatz Seminare zur Aus- und Weiterbildung für Radiomacher und Radiomanager anbieten.



Dr. Karl-Martin Obermeier, Direktor der deutschen Hörfunkakademie.

Tag der offenen Tür und Fest am Rhein

Die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf kehrt zurück an den Rhein. Mit der Eröffnung der Uferpromenade am zweiten Juni-Wochenende vollendet Düsseldorf den Stadtbau am Rheinufer. Aus diesem Anlaß findet in mehreren öffentlichen Gebäuden, so auch im Landtag, am Samstag, 10. Juni, ein Tag der offenen Tür statt.

Ab 10 Uhr können an diesem Tag Bürgerinnen und Bürger das Landesparlament besuchen. Außer dem Landtag machen beim Tag der offenen Tür noch weitere prominente Anlieger mit. Der Ministerpräsident öffnet erstmals seit Bestehen des Landes seine Repräsentationsräume für die Öffentlichkeit. Der Westdeutsche Rundfunk Köln (WDR) präsentiert das „offene Funkhaus“. Die anliegenden Museen bieten freien Eintritt.

Rückkehr zum Strom

Entlang der gesamten Uferpromenade und auf dem Unteren Rheinwerft, auf knapp einem Kilometer Länge, werden an den zwei Tagen Aktionen, Bühnenvorstellungen, Kleinkunst, Gastronomie und Musik geboten. Optischer Höhepunkt des Fest-Wochenendes ist das Feuerwerk auf den Oberkasseler Rheinwiesen mit „Wasserfällen“ von der Rheinknie- und der Oberkasseler Brücke. Bedingung für die Rückkehr der Stadt an den Strom war die Tieflegung der Rheinuferstraße in einen Rheinfurtunnel, der bereits am 15. Dezember 1993 eingeweiht worden war. Durch die Absenkung der Rheinuferstraße, über die in 24 Stunden rund 55 000 Fahrzeuge gerollt waren, verschwand die trennende Hauptverkehrsader, die vor dem Landtag aufgestellt auf Betonpfeilern verlief, im Untergrund. Von all dem ist nichts mehr zu sehen. Fußgänger

können, sofern sie nicht vom Radfahrverkehr tangiert werden, am Ufer entlang promenieren. Der umgestaltete Burgplatz mit dem alten Schloßurm und der neuen Freitreppe zum Rhein ist zukünftig der zentrale Veranstaltungsplatz in Düsseldorf. Beim Eröffnungsfest wird er dies erstmals mit einem zweitägigen Bühnenprogramm unter Beweis stellen. Das wiedererstandene historische Hafengebäude, der neue „Alte

Hafen“, ist umrahmt von musikalischen und gastronomischen Aktivitäten. Aber auch der Rhein wird zur Bühne. Unter dem Motto „Ein Wochenende wie ein Jahr“ läuft an zwei Tagen vieles von dem ab, was sonst nur im Laufe von zwölf Monaten auf dem Strom zu sehen ist. Feuerwehrboot und Wasserschutzpolizei werden aktiv, Sportboote präsentieren sich, und die vorüberziehenden Schiffe der Berufsschiffahrt werden dem Publikum über Lautsprecher angekündigt und erklärt. Die Hintergrundkulisse zu den Aktivitäten auf dem Rhein bilden die Oberkasseler Rheinwiesen, wo große Drachen in die Lüfte steigen.

Tag der Umwelt

Bestandteil des Promenadenfestes sind ferner der Tag der Umwelt auf dem Unteren Rheinwerft und das traditionelle Düsseldorfer Radschlägerturnier auf Burgplatz. Die Jazz Rally und der Düsseldorfer Altstadt-herbst komplettieren das Programm. Hub-schrauber „tanzen“ am Samstag gegen 21.15 Uhr nach Walzermusik am Himmel. Über die beiden festlichen Tage hinaus werden viele Tausende, nicht nur aus Düsseldorf, die neue Rheinuferpromenade mit ihrem Alleecharakter in stillen Besitz nehmen. Kernstück der Promenade sind eine Platanenallee mit 600 Bäumen zwischen Landtag und Oberkasseler Brücke, Geh-, Radwege entlang der Uferbebauung und der Bürgerpark Unterbilk.

Berichtigte Stimmzahl

Bei der Wiedergabe des vorläufigen Ergebnisses der Landtagswahl 1995 in Heft 9 von „Landtag intern“ ist bedauerlicherweise ein Fehler unterlaufen. Bei den Vergleichszahlen zu 1990 muß es unter der Rubrik „Stimmen“ bei der SPD richtig heißen: 4 644 431.



Ein neuer Weg in Front des Landtags: Parlamentstür. Düsseldorfs Oberbürgermeisterin Marlies Smeets (vorne) enthüllte das neue Straßenschild, Ex-Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (im Hintergrund) schaute gut gelaunt zu. Foto: Schälte



Einen Abschiedsempfang für die 95 aus dem Landtag ausscheidenden Abgeordneten hat die Präsidentin des 11. Landtags, Ingeborg Friebe (linkes Bild, am Rednerpult), gegeben. Unter Anwesenheit der Fraktionsspitzen und zahlreicher Mitglieder des Landesregierung dankte sie den Abgeordneten für ihre Arbeit, die sie für das Land geleistet haben, und verabschiedete sie mit den besten Wünschen in den neuen Lebensabschnitt außerhalb des Landtags. In ihrer Rede würdigte sie besonders vier „politische Schwergewichte“, die dem Landtag den Rücken kehren, die Abgeordneten Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Karl Nagel (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Beate Scheffler, die früher der grünen Fraktion angehörte. Als zweiter Redner ergriff an diesem Tag der mit fast 37 Jahren Parlamentserfahrung dienstälteste Abgeordnete, Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), das Wort und dankte der Landtagspräsidentin, die er als „echtes Kind der Arbeiterbewegung“ und „Retterin Monheims“ etikettierte, für ihre Tätigkeit im Dienste des Parlaments. — Am Tag darauf das umgekehrte Bild (r.): Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) sprach dem Ministerpräsidenten bei der Übergabe der Entlassungsurkunde Dank für seine Arbeit aus und ernannte ihn gleichzeitig zum geschäftsführenden Ministerpräsidenten des Landes. Ebenso wie Rau bleiben auch die anderen Minister seines Kabinetts im Amt — mit Ausnahme von Klaus Matthiesen, der nach seiner Wahl zum SPD-Fraktionsvorsitzenden sein Ministeramt niedergelegt hat; dieses Amt hat der Ministerpräsident mit übernommen. Er teilte dem Landtag auf seiner Sitzung am 1. Juni mit: „Die Geschäfte des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft nehme ich einstweilen selbst wahr“.

Literatur

Medienland NRW konzentriert sich

Scheidende Landtagspräsidentin warnt vor Verkauf der Meinungsfreiheit

Von
Horst-Werner Hartelt

Wer das neuerdings so genannte und aufgeputzte „Medienland Nordrhein-Westfalen“ durchstreift, sollte einen Wegweiser mitnehmen, am besten das soeben erst erschienene Landtagsbuch. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wurden von zwölf Autoren aufgeschrieben und beleuchtet, fern von jener heute sonst so üblichen und meist auch mißglückten „wissenschaftlichen Begleitung“. Der Buch-Redaktion in der Regie von Friedhelm Geraedts ist dabei das Kunststück gelungen, nicht nur manche Gegensätze, sondern auch ausgesprochene Widersprüche in kaum verhülltem Partei-Prosa — hier Regierung, da Opposition — derart diplomatisch einzuordnen, daß die Lektüre nicht leidet. Wort und Widerwort, hier ist es fachlich wie sachlich gelungen.

Freilich fehlt es nicht an honig-süßen Selbstdarstellungen, wie sie etwa Bertelsmanns Manfred Harnischfeger zum Wohle seiner Firma und der Konzernstiftung präsentiert, aber die Dominanz dieses Buches liegt denn doch eher schon bei Marcel Gärtner. Alle öffentlich-rechtlichen Sender in Nordrhein-Westfalen werden nicht nur aufgelistet, sondern in ihrer Bedeutung bis zum heutigen Tag geistig erfaßt. Auf 60 Buchseiten hat der WDR-Journalist Gärtner eine beeindruckende Dokumentation ausgearbeitet, die selbstredend den WDR bevorzugt, weil er schließlich der größte Hör- und TV-Sender ist und weil seine Geschichte so packende Vor-Geschichten hat. Das ganze deutsche Elend beschreibt beispielsweise Marcel Gärtner mit dem Radio-Programm von 1933 — Aufmarsch der Kölner SS mit Musik, Reportage vom Fackelzug an Hitler vorbei und Goebbels am Rohr... Aber auch der Aufstieg aus den

Trümmern des NS-Radios wird lebendig und die folgenden Streitereien um Rot- oder Schwarzfunk. Man muß es gelesen haben! Diesem Mosaik steht eine fotografisch getreue Beschreibung der Presse gegenüber. Autor Dr. Karl-Martin Obermeier hat seine Doktorarbeit vorgelegt, streng trocken und so neutral, daß manche Tabelle und manches Register wie ausgebleicht dem Leser unterbreitet wird. Es fehlt Farbe, wengleich Obermeiers Fazit insbesondere die Blattmacher erfreuen dürfte, denn der Radiomann prophezeit: „Auch lokaler Hörfunk und lokales Fernsehen werden die Tageszeitungen aus der ihr angestammten örtlichen Kommunikationsfunktion nicht verdrängen...“

Das eigentlich wertvolle Urteil über die Presse findet in diesem Buch die ehemalige Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe. Rückblickend erkennt sie, „welch geradezu beispiellose Tat es war“, sofort nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes demokratische Zeitungen inmitten der Trümmer aufzubauen, und dies „mit einer jungen, völlig neuen Journalisten-Generation“. Dem Landtag weist Frau Friebe die Rolle des Partners zu, „Partner des Fortschritts“, was keineswegs übertrieben ist, denn dieses Düsseldorf-Parlament hat beispielsweise auch das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten gesetzlich eingeführt. Ingeborg Friebe appelliert, die journalistische Unabhängigkeit und das demokratische Verantwortungsbewußtsein „höher“ zu bewerten als die Jagd nach hohen Quoten und großen Auflagen. Mit Blick auf nicht genannte Konzerne stellt die Politikerin zum Abschied fest: „Die Meinungsfreiheit darf nicht verkauft werden!“

Was die ehemalige Präsidentin dabei im Auge hat, läßt sich anhand grafischer Darstellungen über Konzernbeteiligungen im Medienbereich erahnen. Auf sieben bunten,

sehr übersichtlich gehaltenen Buchseiten werden die Riesen und ihre Verflechtungen vorgeführt: Bauer, Bertelsmann, Burda, Gong, Holzbrinck, Kirch, Springer und WAZ. Minister Wolfgang Clement, der sich um die Ausbreitung des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen derart verdient gemacht hat, daß er heutzutage schon als „Medienminister“ gilt, weicht keinen Zentimeter von seiner Politik ab. Er sieht keinen Vernichtungs-Wettbewerb und glaubt an eine noch bessere Zukunft in dieser medialen Kommunikations-Demokratie. Dazu zählt Clement auch die ins Leben gerufene Filmstiftung, die jenseits von Babelsberg/Potsdam aus NRW ein „Filmland“ machen möchte. Ausgerechnet Bärbel Höhn von den Grünen will da Wasser in den Wein gießen, sie kritisiert Clement unkritische und technikgläubige Wirtschaftspolitik an. Mit hohen Subventionen locke die Landesregierung Hinz und Kunz und müsse dann Pleiten wie bei VOX hinnehmen. Aber nicht nur dort, meint Frau Höhn. Das Institut HDO in Oberhausen sei mit über 100 Millionen Mark subventioniert worden, von den „hochtrabenden Zielen“ des neuen Fernsehens sei nur „wenig übriggeblieben“. Auch der Bavaria Filmpark in Bottrop sei gescheitert, der Media-Park in Köln nichts anderes als ein „Reißbrett-Szenario“, und daß VOX trotz allem noch „zu Recht“ sendet, „muß bezweifelt werden“. Das Medienland ein Wunderland? Kritiker mögen es so sehen, vor allem aber Leser dieses Landtagsbuches sollten sich in die einzigartige Problematik vertiefen. Vielleicht finden sich auch Universitäten, die anhand dieses Buches forschen und lehren. Es müßte eigentlich allen eine Pflicht sein.

(Medienland Nordrhein-Westfalen, Band 7 der Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen, 288 Seiten, gebunden, zu beziehen über die Pressestelle des Landtags)

Ausfallzeiten durch Krankheit und Kur

Im nordrhein-westfälischen Landtag melden sich weniger Beschäftigte krank als in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Der von den Betriebskrankenkassen ermittelte Wert von 27,5 Tagen wird in der Landtagsverwaltung bei einem Gesamtdurchschnitt von 17,5 Tagen deutlich unterschritten. Dennoch hat sich die steigende Tendenz bei der Anzahl der Krankheitstage, die bereits in den Vorjahren festgestellt worden war, im Landtag im Gesamtdurchschnitt fortgesetzt. Im Jahr 1994 ist die Anzahl der „Kurzerkrankungen am Wochenende“ auf durchschnittlich 1,5 Tage gestiegen. Aber auch langfristige Erkrankungen und Kuren haben die Ausfallzeiten zunehmen lassen. So stiegen 1994 die gegenüber den Vorjahren konstanten Ausfalltage der Angestellten auf 18,8 Tage an, die Ausfalltage der Beamten blieben hingegen in den letzten Jahren im Bereich von sieben bis acht Tagen konstant. Die Lohnempfänger bleiben unverändert die Beschäftigtengruppe mit der höchsten Zahl an Krankheitstagen, obwohl die Ausfalltage auf 25,7 zurückgegangen sind.



Eine Delegation aus Westafrika, vorwiegend aus Togo und Zaire, hat den Landtag besucht. Bei der 15köpfigen Gruppe handelte es sich um leitende Mitglieder verschiedener nichtstaatlicher Organisationen ihrer Heimatländer. Die Gruppe, die an einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung im Klausenhof in Hamminkeln teilgenommen hatte, diskutierte nach einer Führung durch das Landesparlament mit dem CDU-Abgeordneten Heinrich Kruse (M.) über das föderale System in der Bundesrepublik. Der deutsche Politiker machte dabei nach eigenen Angaben die Erfahrung, daß es oft schwer zu verstehen sei, wie die Aufgabenteilung zwischen Bund und Land geregelt werde. Auch die Zuständigkeiten der Parlamente und der Bundestags- sowie Landtagsabgeordneten hätten Verständnisprobleme aufgeworfen.

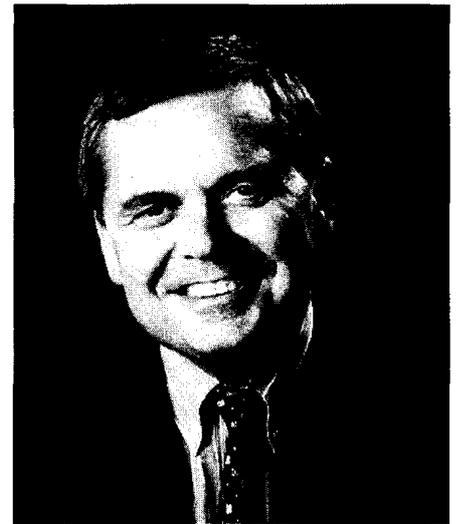
Foto: Schälte

Porträt der Woche

Präsident des Landtags

Ulrich Schmidt strebt eine gute Arbeitsatmosphäre an

Von
Ralf Kapschack



Ulrich Schmidt

Irgendwie lief es ja schon auf ihn zu. Denn nachdem Ingeborg Friebe angekündigt hatte, nicht mehr für das Landesparlament zu kandidieren, war ihr bisheriger Stellvertreter – aus der nach wie vor stärksten Fraktion – erste Wahl für die Position des Landtagspräsidenten. Ulrich Schmidt macht auch keinen Hehl daraus, daß er diesen Höhepunkt seiner politischen Karriere angestrebt hat, nachdem der Platz frei wurde. Daß es allerdings so problemlos ablaufen würde, hat selbst ihn etwas überrascht. Als ihn seine Freunde aus dem SPD-Bezirk Westlichen Westfalen vorgeschlagen hatten, gab es in der Fraktion eigentlich keine Diskussion mehr.

Ein Grund dafür ist sicherlich die ausgleichende Art des Abgeordneten aus Wetter, eine gute und notwendige Voraussetzung für einen Landtagspräsidenten. Der andere Grund ist wohl die Tatsache, daß Ulrich Schmidt dem Landtag seit zwanzig Jahren angehört, den Parlamentsalltag also in- und auswendig kennt.

Wäre es nach seiner Mutter gegangen, dann wäre Ulrich Schmidt nicht Politiker geworden. Sie riet ihm bereits früh ab, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, denn diese sei viel zu wechselhaft und unberechenbar. Seinen Vater hat er nie gesehen, er fiel als Soldat im Krieg 1942. Im März jenes Jahres wurde Ulrich Schmidt geboren. Der Verlust des Ernährers und die Nachkriegswirren brachten die Familie in eine schwierige wirtschaftliche Lage.

Vielen anderen ging es ähnlich. Weil die Not unverschuldet war, die Regierung Adenauer aber zuwenig für die Familien tat, wurden in Bonn Demonstrationen organisiert. Ein Motto damals: „Witwen- und Waisenrenten aufbessern.“ Bei diesen Aktionen und später beim Protest gegen die Wiederbewaffnung lernte Ulrich Schmidt, daß man sich selbst engagieren muß, wenn sich politisch etwas bewegen soll.

Mit 14 begann der Junge aus Wetter eine kaufmännische Lehre bei Hoesch in Dortmund. Von Wetter jeden Morgen in aller Frühe mit der Bahn nach Dortmund und nachmittags zurück, das war damals fast eine „Weltreise“.

Nach dem Abschluß der Ausbildung fand er allerdings keine Anstellung im

erlernten Beruf, statt dessen wurde ihm eine Stelle bei der Hoesch-Betriebskrankenkasse angeboten. Im nachhinein war das ein Glücksfall. Denn bei der fünfjährigen Arbeit am Schalter, bei zahllosen Gesprächen ging es immer um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der „kleinen Leute“. Und diese Zeit war wohl mit ausschlaggebend für Schmidts späteres politisches Engagement.

Bevor er sich allerdings parteipolitisch festlegte, verglich das Mitglied der IG Metall erst einmal verschiedene Parteiprogramme und trat dann in die SPD ein. Das war 1964.

Elf Jahre später wurde er Bürgermeister in seiner Heimatstadt Wetter und zog zum ersten Mal, als direkt gewählter Abgeordneter, in den Landtag ein. Bei seinem damaligen Arbeitgeber hatte er es zwischenzeitlich zum Referenten für Grundsatzfragen gebracht. Doch Ulrich Schmidt machte vor zwanzig Jahren die Politik zu seinem Beruf und verabschiedete sich bei Hoesch.

In seinem Wahlkreis und als Bürgermeister hatte er anschließend alle Hände voll zu tun. Der Strukturwandel war in vollem Gange. Der vergebliche Kampf der Belegschaft um den Erhalt der Firma Mönninghoff in Hattingen oder die Entwicklung der Henrichshütte forderten monatelang den ganzen Mann, zeigten aber auch die Grenzen politischer Einflußnahme auf wirtschaftliche Prozesse. Für Schmidt stehen diese beiden Firmennamen auch für bittere persönliche Niederlagen.

Die Verknüpfung von kommunal- und landespolitischer Arbeit hat sich für ihn rückblickend trotz allem bewährt. Denn vor Ort merke man schnell, ob Gesetze, die der Landtag beschlossen habe, überhaupt praktikabel seien oder nicht.

In Düsseldorf konzentrierte sich Ulrich Schmidt schnell auf den Bereich Arbeit und Soziales. Vor allem die Behinderten- und Altenpolitik lag ihm am Herzen. Und so ist er stolz, daß mit dem Landesaltenplan auch von ihm persönlich wichtige Daten in diesem Politikfeld gesetzt worden sind: Das Angebot für ältere Menschen hat sich deutlich verbessert.

Für Behinderte, vor allem geistig Behinderte, ist die Situation bei weitem noch

nicht befriedigend. Im Augenblick wird ein entsprechender Landesplan erarbeitet. Da geht es nicht zuletzt ums Geld. Doch unter dem Diktat der leeren Kassen, das ist für Ulrich Schmidt klar, dürfen nicht ausgerechnet die Schwächsten leiden. Wenn er von diesen Menschen redet, dann hat er konkrete Beispiele, persönliche Schicksale vor Augen. Als Landesvorsitzender der Lebenshilfe und Mitglied im Vorstand der Evangelischen Stiftung Volmarstein (ehemals Orthopädische Anstalten) weiß er schließlich, wo der Schuh drückt.

Der zweite Schwerpunkt seiner Landtagsarbeit war bisher die Reform der Verwaltungsstruktur. Schmidt wurde vor zweieinhalb Jahren Vorsitzender eines neuen Fachausschusses, der die schwierige Aufgabe hat, Vorschläge zu machen, wie die Verwaltung des Landes effektiver und bürgerfreundlicher werden kann. Bei diesem Thema könne man „keine schnelle Nuß knacken“, meint Schmidt. Zwar steige der Reformdruck durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand. Tragfähige Lösungen könne es aber nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Beschäftigten geben – und die seien ja auch dazu bereit. Für Schmidt ist dieses Thema ein, wenn nicht der Schwerpunkt in der neuen Legislaturperiode.

Auch für die Arbeit des Landtages gibt es eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen. Ein entsprechendes Gutachten soll jetzt in Ruhe ausgewertet werden. Der Präsident will auch hier nichts überstürzen, doch die Richtung ist eindeutig: Die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten sollen weiter verbessert werden, gleichzeitig soll der Landtag noch stärker als bisher offen sein für politische und kulturelle Aktivitäten.

Das ist ein wichtiges Ziel für den neuen Chef im Düsseldorfer Landtag. Das andere ist, trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten eine gute Atmosphäre in der Parlamentsarbeit zu schaffen. Nach dem Wahlergebnis dürfte das nicht einfacher geworden sein. Trotzdem, Ulrich Schmidt freut sich auf diese Herausforderung.

Zur Person

Geburtstagsliste

Geburtstag hatten:

- 23.5. **Dr. Irmgard Klingbeil** (CDU), 50 J.
- 24.5. **Theodor Kruse** (CDU), 47 J.
- 25.5. **Johannes Rimmel** (GRÜNE), 33 J.
- 1.6. **Ernst Walsken** (SPD), 48 J.
- 5.6. **Rudolf Henke** (CDU), 41 J.
- 5.6. **Robert Krumbain-Neumann** (SPD), 39 J.
- 6.6. **Peter Bensmann** (CDU), 53 J.

Geburtstag haben:

- 7.6. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), 43 J.
- 8.6. **Alexandra Landsberg** (GRÜNE), 27 J.
- 9.6. **Ute Koczy** (GRÜNE), 34 J.
- 10.6. **Reinhold Trinius** (SPD), 61 J.
- 13.6. **Manfred Bruckschen** (SPD), 57 J.
- 17.6. **Frank Baranowski** (SPD), 33 J.
- 18.6. **Bernhard Recker** (CDU), 56 J.
- 21.6. **Dr. Helmut Linssen** (CDU), 53 J.

★

Ingeborg Friebe, ehemalige Landtagspräsidentin und Bürgermeisterin von Monheim, ist auf Vorschlag des Verbandsvorstandes im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden Nordrhein-Westfalen zur Vorsitzenden der Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes für die Dauer der laufenden Wahlperiode gewählt worden. Die Wahl fand bei der 54. Verbandsversammlung in Neuss statt.

★

Ernst Gerlach (SPD), bisher Oberstadtdirektor in Mülheim a.d. Ruhr, hat sein Amt zum 1. Juni aufgegeben. Gerlach wechselte kurzfristig als Abteilungsleiter für Landesbeteiligungen in das nordrhein-westfälische Finanzministerium. Vor der Presse gab er an, er folge damit einer Bitte von Finanzminister **Heinz Schleußer** (SPD). Seinen Abgang wollte er nicht als Kapitulation gewertet wissen. Er sah indessen keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Ratsmehrheit von CDU und GRÜNEN in Mülheim.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Bilder Kölns

Viel wird in diesem Jahr über den Zweiten Weltkrieg und das Kriegsende berichtet. Was die Fotografie angeht, werden dabei seltener den Kriegszerstörungen Bilder des Neubeginns gegenübergestellt. In Köln ist das jetzt anders. Dort bietet eine Ausstellung „Köln lebt – Photographien von Hugo und Karl Hugo Schmölz“ eine Übersicht über 40 Jahre Stadtgeschichte in der Domstadt, von den zwanziger und dreißiger Jahren über die Zerstörungen der Bombennächte bis in die Zeit des Wiederaufbaus, in die fünfziger und sechziger Jahre. Gezeigt wird die Ausstellung bis zum 30. Juni im Historischen Archiv der Stadt Köln. Diese Übersicht offenbart: Das einheitliche Erscheinungsbild des alten Köln, wie es noch die Bilder von Hugo Schmölz – einer der bedeutendsten Architektur Fotografen dieses Jahrhunderts – widerspiegeln, ist mit den Bombennächten des Jahres 1945 endgültig Vergangenheit. Der Sohn Karl Hugo stand, vom Kriegsdienst heimgekehrt, vor den Ruinen seiner Heimatstadt und dokumentierte das Trümmerfeld, sachlich, mit der Großbildkamera, dem Auge des Architektur Fotografen, als Monumente der Zerstörung. In den Jahren danach hielt er im Architektenauftrag den Wiederaufbau fest. Obwohl er kaum Menschen zeigte, spiegelt sich in seinen Fotos das wiederentstandene Leben. Kraftvoll und selbstbewußt, kantig und geometrisch behaupten sich die Architekturen der fünfziger Jahre im Chaos der umgebenden Ruinen, setzen Zeichen für den Aufbruch in eine neue Zeit. Die Fotos zeigen rechts das zerstörte Rathaus, unten die 1956 fertiggestellte Oper Kölns von Wilhelm Riphahn.

